

## CHINA ALS "ÜBERGANGSGESELLSCHAFT"

(Das Tauziehen zwischen revolutionärer Autarkie und Anpassung  
an die internationale Umwelt)

Oskar Weggel

In den letzten Jahren hat sich, unter Führung vor allem des französischen Politökonomen Bettelheim, ein neuer Ansatz zur Erforschung sozialistischer Gesellschaften herausgebildet, der es zuläßt, daß "Kompromisse" und Anpassungsversuche sozialistischer Staaten an das internationale System auch dann noch als "revolutionär" qualifiziert werden, wenn an und für sich alle äußerlichen Merkmale eines "revisionistischen" Kompromisses vorlägen. Die Wiederzulassung eines mehr oder weniger umfangreichen "Marktes" in einer bereits nach Plangesichtspunkten "eingefahrenen" sozialistischen Gesellschaft wird beispielsweise nach der "Theorie der Übergangsgesellschaft" als ein mit sozialistischen Prinzipien durchaus zu vereinbarendes praktisches Rückzugsmanöver gewertet, wenn nur sichergestellt ist, daß dabei stets das Wohl der breiten Masse im Visier aller politischen Maßnahmen bleibt. Das klassische Beispiel eines solchen praktischen Rückzugs war die Einführung der "neuen ökonomischen Politik" durch Lenin.

Der "Übergangs"-Ansatz eignet sich weit besser als andere Methoden (z.B. rein institutionelle Regierungsvergleiche oder "Entscheidungs"-Ansätze) zu einer vergleichenden Analyse von Herrschaftssystemen verschiedenster Ausprägung (z.B. Brasilien, USA, Bundesrepublik und China) im internationalen Bezugsrahmen.

Das heutige internationale System ist nach chinesischer Auffassung "hegemonistisch" strukturiert, d.h. durch die beiden Supermächte bestimmt. China kann nicht so tun, als gäbe es diese "Umgebung" nicht. In der einen oder anderen Form muß es seine "Antworten" auf die "Herausforderungen" dieser Hegemoniebestrebungen erteilen. In diesem Zwang zur Antwort auf ein globales "Herausforderungs"-System liegen die Gemeinsamkeiten zu anderen Staaten, die sich ansonsten mit dem Gesellschaftssystem und der besonderen Situation der Volksrepublik China kaum vergleichen lassen.

Unter diesen Gesichtspunkten des Zwanges zur Anpassung kann die Volksrepublik China als "Subsystem des organisierten Widerspruchs" betrachtet werden.

Die Frage besteht hauptsächlich darin, ob China trotz aller "Herausforderungen" seinen eigenen Weg, wie er durch das Yenan-Modell vorgezeichnet wurde, weiterschreiten kann, oder aber ob es nicht eines Tages doch gezwungen sein wird, jenen Pfad einzuschlagen, den die Sowjetunion in ihrer Auseinandersetzung mit den "kapitalistischen Staaten" bereits vorgezeichnet hat.

Die nachfolgende Darstellung geht zunächst von der Hauptthese aus, daß China sich seit seiner Gründung primär an der Sowjetunion und nur sekundär - nämlich über die Schaltstation Moskau - auch am allgemeinen Weltssystem orientiert. So organisch war hierbei die Fixierung eines Leitbilds Moskau - und zwar sowohl in positiver wie in negativer Hinsicht -, daß sich Innenpolitik und Außenpolitik Chinas am organischsten nach dem Auf und Ab der Gezeiten im sino-sowjetischen Verhältnis gliedern lassen.

Im Bereich der Wirtschaft (Abschnitt I) geht es um die Frage, ob die während der Kulturrevolution verurteilte Theorie Liu Shao-ch'is "von den Produktivkräften" eines Tages nicht doch wiederkehren und dann ähnliche Industrialisierungsauswirkungen zeitigen wird wie die NEP-Politik Lenins in der späteren stalinistischen Sowjetunion. Im Bereich der Gesellschaftspolitik (Abschnitt II) ist durch die "politischen" Auswirkungen der 7.-Mai-Direktive von 1966 einstweilen zwar sichergestellt worden, daß die sozialen Unterschiede zwischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Soldaten und Funktionären einstweilen noch weitgehend eingeebnet bleiben. Gewisse Ansätze jedoch, wie das Fortbestehen eines achtstufigen Lohnsystems und differenzierter Unterschiede in den Privilegien, könnten eines Tages darauf hinwirken, daß das 2000jährige hierarchische Erbe China doch wieder nach vorne drängt und dann zu ähnlichen Schichtenbildungen führt wie heute in der Sowjetunion. Ähnliche Tendenzen könnten sich im Bereich der Bürokratie bemerkbar machen, deren system-immanenter Zug zur Durchbrechung der "Massenlinie" gerade im Zeichen des "großen Aufbauplans" des verstorbenen Ministerpräsidenten Chou En-lai

wieder verstärkt werden könnte (Näheres Abschnitt III). Was schließlich die Außenpolitik anbelangt, so hat China seit 1971 eine Fülle von "Anpassungs"-Mechanismen entwickelt, unter denen die Drei-Welten-Theorie, die Lehre von den "revolutionären Kompromissen", die Anti-Hegemonie-Klausel und die "Ping-pong-Diplomatie" hervorrangen. Auch auf dem Gebiet des Außenhandels ist der strikte Grundsatz des "Auf eigenen Beinen Stehens" bereits durchbrochen worden, wenngleich China nach außen hin weiter strikt "Kredite" ablehnt und "Joint Ventures" von der Hand weist (dazu Abschnitt IV).

Die Frage, ob alle bisher eingegangenen "Kompromisse" noch "revolutionär" sind, oder ob sie in Zukunft den "revisionistischen" Rubikon überschreiten werden, ist vorerst noch in der Schwebe. Erst nach dem Tode Mao Tse-tungs werden sich die bereits vorhandenen Ansätze in der einen oder anderen Richtung entscheidend verwirklichen. In der nachfolgenden Analyse geht es zunächst nur einmal darum, die vorhandenen Entelechien aufzuzeigen.

Kennzeichnend für die besondere Situation der VR China war es seit ihrer Gründung, daß sie sich primär an der Sowjetunion und nur sekundär -nämlich über die Schaltstation Moskau- auch am Weltsystem orientierte. So stark war die Fixierung an das Leitbild Moskaus -und zwar sowohl in positiver wie in negativer Hinsicht-, daß sich z.B. Innenpolitik und Außenpolitik Chinas am organischsten nach dem Auf und Ab der Gezeiten im sino-sowjetischen Verhältnis gliedern lassen.

Die Jahre 1949-1957 (Phase 1) standen innen- wie außenpolitisch ganz im Zeichen des "Drehtüreneffekts". Mit dem Jahr 1958 (Phase 2) beginnt "zu Hause" ein Abschnitt des noch unsicheren Tastens nach einem eigenen Weg (zur "Drei-Banner-Politik" vgl. unten I). Außenpolitisch begibt sich die Volksrepublik auf die Suche nach neuen Partnern und findet sie vor allem in Afrika (zwei Reisen Chou En-lais) und in Südostasien (Birma, Indonesien). Kennzeichnend für diese Periode ist, daß Peking sich noch nicht darüber schlüssig werden konnte, ob es die Brücken zur Sowjetunion endgültig abbrechen sollte. Phase 3 (1968 ff) fällt zusammen mit dem Beginn der zweiten "sino-sowjetischen Eiszeit" (Prag, Ussuri-Gefechte, Breschnew-Doktrin). Von jetzt ab ist die Sowjetunion aus chinesischer Sicht vollends dem "Revisionismus" und -außenpolitisch- dem "Sozialimperialismus" verfallen. Moskau wird zum "negativen Modell". Die Zeit des "Bumerangeffekts" hat angefangen. China strebt nun praktisch in jeder innen- und außenpolitischen Frage das genaue Gegenteil der Sowjetunion an.

Erst jetzt beginnt China, gegenüber der westlichen Welt, die angesichts seiner "Hinlehnung nach einer Seite" bisher ganz von der Sowjetunion überstrahlt (später über-düstert) war, eine differenziertere Außenpolitik zu treiben - und sich mit ihr sogar überraschend schnell zu arrangieren.

Erst seit 1968/69 kann also von einer gewissen -direkten- Interaktion Chinas mit dem -westlich geprägten- Weltwirtschaftssystem die Rede sein. Diese Neuorientierung -resultierend aus den "revolutionären Kompromissen" gegenüber den USA, Japan und der EG sowie aus einem steigenden Außenhandel mit der "kapitalistischen Welt"- ist, m.a.W., das -unliebsame- Ergebnis einer gescheiterten sozialistischen Ehe Chinas mit der Sowjetunion.

Pekings Politik ist nach alledem weniger organisierter Widerspruch gegen das Weltwirtschaftssystem, als vielmehr gegenüber dem "Hegemonismus" der Sowjetunion im außenpolitischen Bereich (befürchtete Einkreisung Chinas etc.) und ihrer Verführungskraft im innenpolitischen Handlungsfeld (Liu Shao-ch'i, Lin Piao und Teng Hsiao-p'ing wurden bezeichnenderweise als Verfechter des Sowjetmodells angeprangert!).

Chinas Antworten auf die Herausforderungen seiner Umwelt lauten daher

- innenpolitisch: weg von Moskau und zurück zu Yenan (auf "eigenen Beinen stehen" und permanente Revisionismuskritik in Form von Kulturrevolutionen, "Politik an erster Stelle" und "Massenlinie" in sämtlichen Bereichen des Gesellschaftsprozesses);
- außenpolitisch: Welt-Antihegemonismus, wobei Zweite und

Dritte Welt in eine Vereinte Front gebracht werden sollen (unten IV).

Angesichts des Eigengewichts Chinas, das weitgehend eine Welt für sich bildet, kann von "Abhängigkeiten" gegenüber der Außenwelt gewiß nicht die Rede sein. Während in einem Land wie Malaysia oder gar Singapore westliche Einflüsse voll durchschlagen können, werden die meisten der 800 Millionen Menschen auf chinesischem Boden von den Einflüssen der Außenwelt kaum "gestreift". China bleibt eine Welt für sich, mit eigener Schwerkraft und eigener Substanz. Selbst auf dem Höhepunkt des europäischen Kolonialismus gerieten im wesentlichen nur die Küstenregionen in den Sog des westlichen Kapitalismus und der westlichen Zivilisation hinein. Das bäuerliche China zog seinen Weg auf den alten Bahnen weiter.

Immerhin aber ist selbst ein Land von dieser Größe und Eigendynamik gezwungen, sich zu "arrangieren". Bei der Wirtschaft (I), im Sozialaufbau (II) und im Kampf gegen Bürokratiebildungen (III) tritt dieser Anpassungszwang allerdings nur marginal in Erscheinung. Voll schlägt er dagegen bei der Außenpolitik und im Außenhandel durch (IV).

## I. WIRTSCHAFT

Als am 1. Oktober 1949 die VR China ausgerufen wurde, bot die Wirtschaft des Landes einen Anblick heilloser Zerrissenheit. Die Nachwirkungen traditioneller Wirtschaftsformen, der Einfluß von 100 Jahren westlichem "Kolonialismus" und die Zerstörungen dreier langdauernder Bürgerkriege hatten dafür gesorgt, daß das Land in drei wirtschaftlich weltweit voneinander entfernte Sektoren aufgespalten wurde, nämlich

- erstens in eine traditionelle Landwirtschaft, die von rund 90% der chinesischen Bevölkerung betrieben wurde, und deren wichtigstes Problem die Landreform war. Die Landwirtschaft hatte von jeher die Aufgabe, eine Bevölkerung zu ernähren, die von nur 50 Millionen Menschen i.J. 200 v. Chr. auf heute 800 Millionen angestiegen ist - und dies bei einer seit damals etwa gleich gebliebenen Staatsfläche von nicht ganz 10 Millionen qkm.

Da die Anbaufläche sich nicht mehr wesentlich ausdehnen läßt, mußte das Heil bei immer intensiveren Anbaumethoden gesucht werden. Die wachsende Kinderzahl der Bauern hatte zu einer immer schneller um sich greifenden Parzellierung der Grundstücke geführt, deren Ertrag schließlich nicht einmal mehr für den Eigenbedarf ausreichte.

Um ihr Leben überhaupt fristen zu können, mußten unzählige Bauern Kredite aufnehmen, die kurzfristig zwar den Lebensunterhalt sicherten, gleichzeitig aber zum Verlust des Grundbesitzes und damit zur Entstehung eines weit verzweigten Pacht-Bauern-Systems führten. Spätestens seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war klar, daß

jede Regierung daran gemessen werden müßte, wie weit es ihr gelang, das Landreformproblem zu lösen. Bis 1949 waren hier jedoch kaum wesentliche Fortschritte erzielt worden.

- Daneben existierte vor allem in den Küstenstädten eine von ausländischem Kapital errichtete Leichtindustrie, die ausschließlich an Profitkriterien orientiert war, am Bedarf der breiten Massen, der Bauern, aber vorbeiproduzierte. Immerhin war der Einfluß dieser neuen Industrie so durchschlagend, daß das traditionelle Handwerk nicht mehr konkurrenzfähig war und weitgehend zusammenbrach.
- Als dritter Sektor kam schließlich noch die von den japanischen Okkupanten in der Mandschurei aufgebaute **Schwerindustrie** hinzu. Ganz im Gegensatz zum übrigen China entstand in dem 1932 gegründeten Mandschukuo überdies ein dichtes Netz von Eisenbahnen. Herrschte im übrigen China noch ein weitgehend lokal gebundener Handel, so vollzog sich der Austausch von Rohstoffen und Fertigprodukten in diesem nördlichen Land bereits im überregionalen Stil.

Der Eindruck der **sektoralen** Isolierung wurde noch bestärkt durch regionale Verschiedenheiten des 9,5 Millionen qkm großen Landes, durch ein mangelndes Transportsystem wie mangelnde infrastrukturelle Ausstattung, aber auch durch Analfabetismus und nicht zuletzt durch die bereits erwähnten "feudalistischen" Strukturen im Bodenbesitz, die einer rationalen Bewirtschaftung im Wege standen.

Ziel jeder ökonomischen Politik muß es - seit 1949- in dieser Situation sein, die Wirtschaft so zu strukturieren, daß für das 600 Millionen-Volk (inzwischen 800 Millionen) die Ernährungsgrundlage gesichert, eine moderne Industrie entwickelt, das Reservoir an menschlicher Arbeitskraft mobilisiert und das Riesenland infrastrukturell erschlossen würde.

Welche Entwicklungsstrategie nun würde die besten Ergebnisse versprechen?

Für die neue sino-kommunistische Führung galt es von vornherein als ausgemacht, daß "kapitalistische" Entwicklungsmethoden nicht in Frage kamen. Gleichwohl ließ die Regierung in den ersten Jahren der Volksrepublik - und im Zeichen des Vier-Klassen-Bündnisses der sogenannten "Neuen Demokratie"- die Fortexistenz von "Kapitalisten" zu. Aufgrund eines Staatsratsbeschlusses vom 8. Februar 1956 wurde festgelegt, daß ehemalige "Kapitalisten" eine genau festgesetzte Entschädigung über eine Periode von 7 Jahren seit Überführung ihrer Produktionseigentums in "gemischtwirtschaftliche Betriebe" erhalten sollten. Mit der "Rendite" ziele man auf eine Anpassung der "Kapitalisten" an die neuen sozialistischen Gegebenheiten ab. Im übrigen aber wurden ihnen bereits während der Übergangszeit von 7 Jahren die "drei Rechte" des Betriebseigentums, des Managements und der Personalpolitik genommen (1).

Ungeachtet solch "pragmatischer" Verhaltensweisen, die darauf abzielten, die Erfahrungen der bisherigen Unternehmerschicht in die neue Gesellschaft herüberzuretten, hieß die Antwort der Stunde aber "Sozialismus". Doch welcher Sozialismus?

Sollte man sich jener Methoden bedienen, die sich Mitte der Dreißiger Jahre in den "befreiten Gebieten" herauskristallisiert hatten? Oder sollte man sich das sowjetische Modell zum Vorbild nehmen?

Theoretisch standen, wie schon in der Sowjetunion der Zwanziger Jahre, drei Optionen zur Wahl:

- Primat der Landwirtschaft, mit der Folge, daß zuerst die Landwirtschaft entwickelt und mit deren Akkumulationskapital sodann die Industrie aufgebaut werden sollte.
- Primat der Industrie (Schwerindustrie vor Leichtindustrie, Leichtindustrie vor Landwirtschaft)
- oder simultane Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie.

China hat im Laufe seiner Entwicklung in einem gigantischen Großversuch alle drei Wege beschritten, pendelte sich aber schließlich mit seiner Politik auf die Option drei ein.

Anfang der Fünfziger Jahre indess entschloß man sich zunächst für Option Nummer zwei, also für den "sowjetischen Weg" des Primats der Schwerindustrie, der im ersten Fünfjahresplan (1953-1957) seine konsequente Verwirklichung fand. Von den im Plan für Investitionen vorgesehenen Mitteln kamen damals z.B. 60% der Industrialisierung, aber nur 7,6% der Entwicklung von Land-, Forst- und Wasserwirtschaft zugute.

Folge dieser schicksalschweren und weittragenden Entscheidung war eine zunehmende **Zentralisierung** der Macht in Peking. Bei den Zentralministerien, vor allem aber bei der staatlichen Planungskommission und bei der staatlichen Wirtschaftskommission liefen die Fäden aus ganz China zusammen.

Schon nach wenigen Jahren wurde es vor allem der Führungsgruppe um Mao Tse-tung klar, daß China sich hier auf einem "Holzweg" befand: Die Bürokratie, deren Bekämpfung ja eines der Hauptziele der chinesischen Revolution gewesen war, hatte in wenigen Jahren einen fast atemberaubenden Wucherungsprozeß durchgemacht. Außerdem hatte Arbeitslosigkeit um sich gegriffen, da China ja angesichts seines Kapitalmangels sich eigentlich für eine arbeitskraftintensive Strategie hätte entscheiden müssen!

Im Gefolge dieser Erkenntnisse trat in den Jahren 1957/58 jener große Umschwung ein, der im Zeichen der sog. "Drei Roten Banner" weltweit Schlagzeilen machte, und in dessen Verlauf China wieder auf die Erfahrungen von Yenan zurückgriff.

Zu den "Drei Roten Bannern" gehörte die "Volkskommunbewegung", die auf eine vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft abzielte; ferner der "Große Sprung", der dazu führen sollte, daß England in 15 Jahren überholt würde, und schließlich die "Generallinie des sozialistischen Aufbaus", die - statt vorsichtigen Taktierens - verlangte, man solle "den Sozialismus noch umfangreicher, noch schneller, noch billiger und noch besser aufbauen".

Wichtigstes Merkmal der "Drei-Banner"-Politik war die Dezentralisierung der Entscheidungen, die lokale Industrialisierung (Personal und Fabriken wurden von den Städten "auf die Dörfer geschickt") und die Schaffung eines neuen "politisch" motivierten Entwicklungsbewußtseins der breiten Bauernmassen.

China glaubte, damit wieder zu sich selbst "zurückgefunden" zu haben. Nicht zufällig begannen mit der Politik der "Drei Roten Banner" auch die ersten Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion, deren Vorbild man bisher bedingungslos gefolgt war.

Das neue dezentralisierte Wirtschaftsmodell der Chinesen zeichnete sich durch sechs Merkmale aus:

- a) Autarkie. 100 Jahre Imperialismus und fast ein Jahrzehnt der "Ausbeutung" durch die Sowjetunion waren genug, fühlte die Führung in Peking. Die Parole "Unabhängigkeit und Selbständigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft" hatte zwei Bedeutungen: Zum einen wollte man nicht mehr "dogmatisch" ausländische Erfahrungen übernehmen, sondern endlich die "Schaffenskraft der Volksmassen ins Spiel kommen lassen. Nur solche Erfahrungen sollten fortan übernommen werden, die den einheimischen Bedürfnissen entsprachen. Zum anderen sollten aber auch die einzelnen Wirtschaftssysteme möglichst unabhängig voneinander werden "Zellularisierungs"-Prozeß). Gleich die Sowjetwirtschaft eher dem "VW-Modell" (hohe überbetriebliche Arbeitsteiligkeit), so näherten sich die Wirtschaftsvorgänge in der VR China nunmehr dem "Opel-Modell" (Tendenz zur Herstellung aller Teile möglichst in einer einzigen betrieblichen Einheit). Auch im Außenhandel sollten die Abhängigkeiten eliminiert werden (Näheres dazu unten IV).
- b) Entflechtung des wirtschaftlichen Planungs- und Entscheidungsprozesses im Sinne einer Verlagerung der Entscheidungen in die Grundeinheiten (Näheres zum Planungsprozeß unten III).
- c) Ökonomischer Dualismus: Das Wirtschaftssystem sollte nicht mehr, wie zur Zeit des ersten Fünfjahresplanes "auf einem Bein" gehen (Schwerindustrie!), sondern auf "zwei Beinen". Im einzelnen bedeutete dies simultane Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft, von Schwerindustrie und Leichtindustrie, von gesamtnationaler und lokaler Industrie, von großen, mittelgroßen und kleinen Unternehmen, von modernen und einheimischen Produktionsmitteln sowie von zentralisierten und dezentralisierten Führungsmethoden.
- d) Durchführung von Massenkampagnen, die nicht nur der Produktionssteigerung, sondern auch der revolutionären Bewußtseinsbildung dienen sollen. Die Heranbildung eines neuen Menschen, der nicht mehr "in die eigene Tasche wirtschaften", sondern "alles für das Volk tun" sollte, wurde zu einem der wichtigsten Ziele im Rahmen des Aufbaues des Sozialismus. (Parole: "Die Politik übernimmt in allem das Kommando" und Kampfansage an die Planungsbükratie).
- e) Orientierung der Industrie an den Bedürfnissen der Landwirtschaft und nicht etwa an Profitkriterien.
- f) Betonung von Entwicklungsschwerpunkten und von Modell-

einheiten, die durch ihre Vorbildhaftigkeit die zurückgebliebenen Regionen und Unternehmen mitreißen sollten. Pläne wurden tendenziell durch Modelle ersetzt. Die Planungsbürokraten sollten an der Regie mitarbeiten. Planung nur noch im weitesten Rahmen - und "von unten nach oben"!

Bei dieser "Regionalisierung der Entwicklungspolitik" kam es überdies darauf an, Techniken zu entwickeln, die produktiver (Arbeitsproduktivität je Stunde) war als die traditionelle Technik, die zugleich aber auch erheblich billiger zu stehen kam (Kapitalbedarf je Arbeitsplatz) als die moderne Technik. China entwickelte hier eine Reihe von "mittleren Techniken", deren Nützlichkeit sich auch im Rahmen der chinesischen Entwicklungshilfe an die Dritte Welt zeigt.

Die Politik der "Drei Roten Banner", die auf solchen Überlegungen aufbaute, begann im Zeichen gespannter Erwartungen und überschäumender Begeisterung. Unbedachtes Eiferertum und Unduldsamkeit zahlreicher Führungskader, Naturkatastrophen und der plötzliche Rückzug der sowjetischen Entwicklungshelfer im Jahre 1960 führten jedoch dazu, daß die chinesische Wirtschaft einen Rückschlag erlitt, der in die traumatischen "drei bitteren Jahre" einmündete.

Nach schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen lenkten die Gegner der Drei Roten Banner den Kurs auf die sogenannte "Konsolidierungsbewegung". Damit nahm die chinesische Wirtschaft eine ähnliche Wendung wie die "Neue ökonomische Politik" Lenins in der frühen Sowjetunion. Das Politbüromitglied Nummer 2, Liu Shao-ch'i, und seine Anhänger verstanden es, in der Partei eine Mehrheit für ihr Notstandsprogramm zu gewinnen, das die maoistischen Forderungen des Klassenkampfes und der Massenmobilisierung weitgehend aus den Angeln hob. Unter anderem kam es zu einer Teilentflechtung der Volksgemeinschaften, zur Einführung "materieller Anreize" in Form von "Privatparzellen" und bedingt freien Märkten und zur Straffung der Wirtschaft nach Rentabilitätsgesichtspunkten. Die Planungszuständigkeiten der Zentrale wurden wieder erweitert und "Technokraten" mit der Aufgabe betraut, die chinesische Wirtschaft von den "Massenbewegungen" abzuhängen.

Mit Hilfe dieser später als "revisionistisch" kritisierten Maßnahmen konnte sich das Land bis 1963 nach und nach von den "drei bitteren Jahren" erholen. Schon 1963 freilich setzte unter der Führung Mao Tse-tungs eine Gegenbewegung ein, die schließlich in die "Kulturrevolution" einmündete, und deren Hauptziel es war, den breiten Widerstand der "Arbeiter-Verräter-Clique um Liu Shao-ch'i" zu brechen, ihre "revisionistische" Politik zu kritisieren und die einzelnen Organisations- und Überbauelemente an den verschiedensten "Fronten" im Sinne der sozialistischen Basis zu "ändern".

Im Rahmen einer groß angelegten "Zwei-Linien"-Kritik wiederholte sich in China jene Debatte zum Wirtschaftsaufbau, wie sie in der Sowjetunion bereits in den zwanziger Jahren stattgefunden hatte. Ausgangspunkt der Aufbaukontroverse war die Frage, ob sich eine sozialistische Revolution auch in einem bisher ökonomisch rückständigen Land verwirklichen läßt - und mit welchen Mitteln. Wie sollten die Beziehungen zwischen Revolution und Produktion, zwischen Bewußtsein und Materie, zwischen Überbau und ökonomischer Basis sowie zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften

richtig ausbalanciert werden? Hinkten nämlich die Produktionsverhältnisse (hauptsächlich die Eigentumsverhältnisse) zu weit hinter den Produktivkräften her, so habe man es mit einem "ultrarechten", reaktionären Gesellschaftssystem zu tun. Bleibe andererseits das Niveau der Produktivkräfte hinter der Entwicklung der Produktionsverhältnisse zurück, wür-

den also die Reformen zu hastig vorangetrieben, so lasse sich -mit Liu Shao-ch'i- ein "ultralinkes" Sozialverhalten diagnostizieren. Wie also war die Balance zwischen beiden Extremen zu halten?

Die Antworten fielen verschieden aus und sollen hier synoptisch wiedergegeben werden:

Nach Mao Tse-tung liegt der Hauptwiderspruch der gegenwärtigen chinesischen Übergangsgesellschaft beim Widerspruch zwischen Sozialismus und Kapitalismus bzw., wenn man deren Träger ins Auge faßt, beim Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

Nach Liu Shao-ch'i liegt der Hauptwiderspruch in der gegenwärtigen chinesischen Übergangsgesellschaft beim Widerspruch zwischen zu weit vorangetriebenen Produktionsverhältnissen (hastig aufgebaute Volkskommunen!) einerseits und -zurückgebliebenen!- Produktivkräften andererseits. Also müßten die Produktivkräfte zuerst einmal weiterentwickelt werden, und zwar notfalls sogar mit kapitalistischen Mitteln (materielle Anreize, Liberalisierungsmaßnahmen wie die sogen. "Vier Freiheiten" usw.

Also:

Fortsetzung des Klassenkampfes, u.a. in Form weiterer Umwandlung und Konsolidierung der Produktionsverhältnisse (d.h. vor allem der weiteren Kollektivierungspolitik)

Parolen:

- "Klassenkampf und Produktionskampf"
- "Revolution und Produktion"
- "rot und fachmännisch"

Also:

Keine Fortsetzung des Klassenkampfes, sondern Verstärkung des Produktionskampfes zum Zwecke des raschen Ausbaus der Produktivkräfte (Vorwurf: "Theorie vom Absterben des Klassenkampfes im sozialistischen Stadium")

Parolen:

- Produktionskampf
- Produktion
- fachbetont

"Generallinie des sozialistischen Aufbaus" (bekannt geworden als eines der "drei großen roten Banner" von 1958): "Unter Anspannung aller Kräfte immer vorwärtsstrebend mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen"

Generallinie: Zeit lassen, Geduld haben, nichts überhasten.

Das Schicksal der Revolution wird von der richtigen Balance

- zwischen Revolution und Produktion
- zwischen Bewußtsein und Materie
- zwischen Überbau und Ökonomischer Basis sowie
- zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen bestimmt.

Das Schicksal der Revolution wird allein durch den Stand der Produktivkräfte bestimmt ("Theorie der Produktivkräfte")

In einem Lande also, wo der Kapitalismus nicht hochentwickelt ist, kann m.a.W. auch keine sozialistische Revolution stattfinden.

Zwar spielen die Produktivkräfte die "hauptsächliche Rolle" für die Produktionsverhältnisse und den Überbau. Wenn sich jedoch ohne Änderung der Produktionsverhältnisse die Produktivkräfte nicht weiterentwickeln können, dann spielen die Produktionsverhältnisse und der Überbau die "hauptsächliche und entscheidende Rolle" (2).

sind die Produktionsmittel wichtig. Aber eine Maschine ist nur eine Art möglicher Produktivkraft. Erst wenn die Menschen sie in Gang setzen, kann sie sich in eine Produktivkraft verwandeln. Außerdem wird eine Maschine von Menschen geschaffen ..... Den Faktor Mensch verneinen, heißt, die größte Produktivkraft verneinen. Die Rolle der Ideologie verneinen, bedeutet, die Rückwirkung des Überbaus auf die ökonomische Basis verneinen. Sobald das Denken der Menschen revolutioniert ist, wird die Produktion entwickelt. Wenn wir die gute Behandlung der Produktionsverhältnisse, die erfolgreiche Durchführung der Revolution im Bereich des Überbaus, das feste Anpacken des Klassenkampfes und die Wappnung der Massen mit Marxismus, Leninismus, Mao Tse-tung-Ideen betonen, so wollen wir dem Enthusiasmus der Menschen für den Sozialismus den größten Spielraum geben ....." (3)

Die Kulturrevolution endete mit der Ausschaltung der Liu Shao-ch'i-Fraktion. Von jetzt an sollte nicht mehr die "Maschine" im Mittelpunkt stehen, sondern der Mensch. Wörtlich:

"Die größte Produktivkraft ist die revolutionäre Klasse selbst.... Der entscheidende Faktor sind die Menschen, nicht die Dinge... Die Volksmassen sind die Hauptkraft in den drei großen revolutionären Bewegungen - Klassenkampf, Kampf für Produktion und wissenschaftliches Experimentieren - und beim Erkennen und Ändern der Welt. Unter den Faktoren der Produktivkräfte

Gemäß dieser Erkenntnis trat auch die Massenmobilisierung

wieder in den Vordergrund. Auf die Frage, wie die Widersprüche zwischen den drei Sektoren Landwirtschaft, Schwerindustrie und Leichtindustrie hinsichtlich der Verteilung von Arbeitskräften, Geldmitteln und Materialien in der Praxis zu lösen seien, wurde die Parole ausgegeben, daß die "Industrie als führender Faktor und die Landwirtschaft als Grundlage" anzusehen seien. Auszugehen sei immer von der "Landwirtschaft als Grundlage". Zuerst müßten die Bauern, die ja nach wie vor drei Viertel des chinesischen Volkes stellten, mobilisiert und mit dem von ihnen geschaffenen Reichtum die Industrie aufgebaut werden. "Mehr Landwirtschaft führt zu mehr Industrie, und mehr Landwirtschaft und Industrie führen zu mehr Schwerindustrie, während mehr Schwerindustrie noch mehr Landwirtschaft und Leichtindustrie ermöglicht. Dies ist die Dialektik der Entwicklung der Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie". (4)

Mit dem Abklingen des "kulturrevolutionären Sturms" nach 1970 kam es zur Rückkehr eines "Liuismus ohne Liu Shao-ch'i". Tausende von Kadern, die während der Kulturrevolution ihrer Posten enthoben worden waren, nahmen jetzt ihre früheren Plätze wieder ein. In der neuen Verfassung von 1975 wurde -direkt- das Recht jedes Bauern auf privates Hofland sowie -indirekt- auch der Verkauf der dort geernteten Früchte im Wege des "freien Austausches" anerkannt (Art.7/III). Durch den Sturz Teng Hsiao-p'ings im April 1976 scheint diese Tendenz zwar einen Augenblick aufgehalten, keineswegs jedoch vollständig gebremst worden zu sein.

Die Frage, ob die Theorie Liu Shao-ch'i "von den Produktivkräften" eines Tages nicht doch wiederkehren und dann ähnliche Industrialisierungsauswirkungen zeitigen wird wie die N.E.P.-Politik Lenins in der späteren stalinistischen Sowjetunion, wird erst in den Jahren nach Mao Tse-tung umfassend beantwortet werden. Vorerst muß jedenfalls -so Mao Tse-tung während der Kampagne zur "Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats" im Frühjahr 1975- festgestellt werden, daß die "Unterschiede zur alten Gesellschaft nicht bedeutsam sind. Der Unterschied besteht lediglich darin, daß sich die Eigentumsverhältnisse verändert haben ..... Unser Land praktiziert gegenwärtig ein Warensystem, und auch das Lohnsystem ist ungleich; es gibt ein Lohnsystem von 8 Kategorien usw. Diese können nur unter der Diktatur des Proletariats eingeschränkt werden. Deshalb ist es für Leute wie Lin Piao, wenn sie an die Macht kommen, sehr leicht, das kapitalistische System durchzusetzen. Darum sollten wir mehr marxistische-leninistische Werke lesen. Lenin sagte: 'Die Kleinproduktion erzeugt unausgesetzt täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie'. Dies tritt auch bei einem Teil der Arbeiterklasse und einem Teil der Parteimitglieder auf. Sowohl innerhalb der Reihen des Proletariats als auch unter den Mitarbeitern der Staatsorgane gibt es Leute, die sich einen bürgerlichen Lebensstil angeeignet haben". (5) (5).

Mit dem bisherigen System des ständigen Experimentierens ist China allerdings nicht schlecht gefahren. Dies zeigen die jährlichen Zuwachsraten: BSP + 4%, BSP pro Kopf: + 2%, Landwirtschaft + 2,5%, Industrie (ab 1952): + 9% und Außenhandel: + 5%.

## II. GESELLSCHAFT

Anders als die "Übergangsgesellschaft" der Sowjetunion ist die Sozialstruktur der VR China noch eher klassen- als schichtenspezifisch bestimmt, wenngleich Ansätze zur Herausbildung einer "Neuen Bourgeoisie" (6) bereits zu beobachten sind.

Über "Schichtungs"-verhältnisse liegt kaum Zahlenmaterial vor. Die "neuesten" Zahlen, die dem Autor bekannt sind, geben den Stand vom September 1955 wieder (damals im Zeichen des nach dem Sowjetmodell ausgerichteten Fünfjahresplans- war China noch "statistik"-freundlich).

Während sich die Gesamtbevölkerung damals bei rund 600 Millionen Menschen lag, wurden nur 15,3 Millionen "Arbeiter" angeführt, darunter 13,1% Frauen. Das Verhältnis von Arbeitern zu Angestellten in den großen Industrieunternehmen belief sich auf 100:18, in Handelsunternehmen auf 100:46 und in Stellen der zentralen Verwaltung auf 49:100 (7).

Der überwältigende Anteil der Bevölkerung war also nach wie vor im landwirtschaftlichen Bereich zu finden.

Der Kommentator zu dieser Statistik beklagt, daß die "Administratoren" immer noch viel zu stark vertreten seien. (8).

Ins Auge fiel bei diesen Statistiken ferner die ungleichmäßige Verteilung der "Arbeiter": In nur 7 küstennahen Provinzen (oder provinzgleichen Einheiten) (Peking, Tientsin, Shanghai, Shantung, Hopei, Liaoning, Fukien und Kuangtung) waren 7,3 Millionen Arbeiter angesiedelt, also fast die Hälfte aller Arbeiter insgesamt. In der Provinz Liaoning, einem der Mittelpunkte des chinesischen "Ruhrgebiets" im Nordosten Chinas zählte man allein 1,5 Millionen, das sind 10,3% der "Arbeiter" des gesamten Landes.

Noch krasser fiel das Verhältnis bei den Handels-, Transport-, Post- und Erziehungs-"Arbeitern" aus. (Man beachte, daß auch Lehrer offensichtlich zu den "Arbeitern" gezählt wurden, was die Statistik zusätzlich relativiert!)

Von den "Handelsarbeitern", deren Zahl sich auf insgesamt 1,140 Millionen belief, waren 44,5% in den Küstenregionen beschäftigt. (Bei den Transport-, Post- und Telekommunikationsarbeitern 650.000 - nicht weniger als 57,8%; bei den Erziehungs-"arbeitern" insgesamt 930.000 - 45,2% an der Küste! (9).

Von dieser "irrationalen Verteilung" her gesehen (10) ergaben sich für China drei Entwicklungsimperative:

- Keine Umsiedlung der Bauern in die Städte wie in der Sowjetunion (dadurch konnten im übrigen auch "Heterogenitätsprobleme" umgangen werden, wie sie durch die Zwangsumsiedlung von 20 Millionen Bauern in die sowjetischen Städte während der Dreißiger Jahre entstanden waren).
- Statt dessen galt es, gerade umgekehrt die Städte sozusagen "aufs Land zu bringen". Der Weg hierzu: Schaffung leistungsfähiger Einheiten für den Aufbau einer lokalen Industrie,

m.a.W. also von großangelegten "Volkskommunen"; ferner Verschickung von Funktionären und "gebildeten Jugendlichen" "hinunter in die Dörfer und hinauf auf die Berge"; gigantischer Versuch, durch Industrialisierung des Dorfes die Bauernschaft in die angestrebte Industriegesellschaft zu integrieren.

- Liquidierung aller Ansätze einer "Arbeiteraristokratie", wie sie sich im Zeichen des ersten Fünfjahresplanes bereits angedeutet hatte. Die Mittel zu einem solchen "Rekonvaleszenz-Prozeß" finden sich in den Fünf Prinzipien der modellhaften Anshan-Verfassung vom 22. März 1960. Sie lauten:  
 "Politik an erster Stelle" (nicht Produktion an erster Stelle); die Arbeiterklasse (bzw. deren Organisationen: Partei und Revolutionskomitees) führt (kein "Ein-Mann-Management"); Bevorzugungen von Massenbewegungen und Verzicht auf materielle Anreize (keine Technokratie); Gleichordnung, Teilnahme von Funktionären an der Produktionsarbeit und von Arbeitern am Management, und Dreierverbindung von Arbeitern, Funktionären und Technikern (statt hierarchischer Ordnung, Kommandosystem und "Kopf-Hand-Arbeitsteilung" zwischen Funktionären und Arbeitern); technische Revolution durch Massenpartizipation (statt "sklavischer Nachahmung" ausländischer Methoden) (11).

Aufgrund der verschiedenen Umerziehungsmaßnahmen seit 1958 (Großer Sprung, Kulturrevolution und nachkulturrevolutionäre Kampagnen) entstanden in den einzelnen Einheiten (Schulen, Volkskommunen, Administrativeinheiten, Handelsabteilungen etc.) massenpartizipatorische Produktionsverhältnisse, deren Teilnehmer sich kaum noch nach den herkömmlichen Kriterien in "Arbeiter", "Angestellte", "Intelligenzler" etc. einstufen lassen.

Eine der wichtigsten Weisungen Mao Tse-tungs, in der die chinesische Gesellschaftsstrategie wie in einer Nußschale zusammengefaßt ist, ist die "Direktive vom 7. Mai 1966", die eine rigorose Einebnung aller Unterschiede zwischen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Soldaten und Kadern vorschreibt. Kader etwa sollen zwar hauptsächlich ihre administrativen Aufgaben wahrnehmen, aber außerdem in Industrie und Landwirtschaft mitarbeiten, eine Militärausbildung (Miliz!) durchlaufen und durch das Studium der Mao Tse-tung-Ideen ihr politisches Bewußtsein schärfen. In den "Kaderschulen des 7. Mai" sollen die Funktionäre veranlaßt werden, wieder in die Arbeiter- und Bauernklasse einzutauchen. Ein Architekt beispielsweise, der zwar brauchbare Brücken konstruiert, dabei aber aus "ästhetischen" Gesichtspunkten zuviele Ziegel verschwendet hatte, wurde in eine Ziegelei geschickt und hatt dort, zusammen mit den Arbeitern und Bauern, ein Jahr lang im Schweiß seines Angesichtes zu arbeiten und "Mao Tse-tung-Ideen zu studieren". Nach seiner Rückkehr an den früheren Arbeitsplatz erstellte er genau so gute Brücken wie vorher, nunmehr allerdings ohne verschwenderische Zutaten. Der Grund für diese Änderung lag nicht darin, daß er ein besserer Architekt geworden wäre - seine "fachmännischen" Fähigkeiten hatte auch vorher niemand bezweifelt -, sondern vielmehr darin, daß er wieder einer jener Arbeiter und Bauern geworden war, die nach dem chinesischen Selbstverständnis rund 95% des

chinesischen Volkes ausmachen.

Will man den Bedürfnissen dieser 95% Rechnung tragen, so muß man vor allem darauf achten, daß die "drei großen Unterschiede" zwischen Stadt und Land, zwischen Kopf und Hand sowie zwischen Industrie und Landwirtschaft eingeebnet werden. Streng zu vermeiden sind also Verstärkung hierarchische Schichtungen in der Arbeitswelt und Vernachlässigung der Landwirtschaft. Die Entstehung einer "neuen Bourgeoisie", die in den Städten lebt, die ohne Berücksichtigung der "Massenlinie" "von oben her" Befehle ausgibt, und die der Industrialisierung nach sowjetischem Vorbild das Wort redet, würde den objektiven Bedürfnissen des chinesischen Volkes nach maoistischem Selbstverständnis zuwider handeln.

Man muß zugeben, daß es der Führung in Peking bisher gelungen ist, diese "politischen" Imperative weitgehend zu befolgen. Allerdings sollte man nicht übersehen, daß die ersten Ansätze für eine neue Schichtung bereits in Form eines Lohn- und Privilegiensystems gegeben sind.

Was die Ränge in der Lohnregelung anbelangt, so lassen sich heute bereits vier Gruppen unterscheiden, nämlich Regierungsangestellte, Techniker und Ingenieure, Arbeiter im Landwirtschaftsbereich und Erziehungsarbeiter. Für die Regierungsangestellten gibt es nicht weniger als 30 Ränge, bei Technikern und Ingenieuren fünf und bei den Lehrern 12 lohnrelevante Stufen. Ein Angestellter in der südchinesischen Stadt Canton, der den 26. Grad in der Stadtverwaltung bekleidet, verdient beispielsweise 35 Yüan im Monat, während ein städtischer Sektionschef auf Stufe 17 130 Yüan verdient (12).

Wichtiger noch als die Lohnunterschiede sind die Privilegien, die ebenfalls von den Rängen abhängig sind ("harte" oder "weiche" Klasse in der Eisenbahn, Dienstwagen, Größe der Dienstwohnung, besondere Urlaubseinrichtungen für höhere Funktionäre etc.) (13)

Sollte die "Bremse" der Kulturrevolution, die heute noch der Ausbreitung solcher "revisionistischer" Ansätze entgegenwirkt, eines Tages beseitigt sein, so würde sich China -hierarchisch geprägt, wie es von seiner zweitausendjährigen Tradition her ist- vermutlich schnell jener Sozialstruktur annähern, wie sie heute bereits in der angeblich "sozialistischen" Sowjetunion herrscht.

### III. BÜROKRATIE

Auch beim Kampf gegen die Keime einer neuen Bürokratie hat die VR China eine Art "organisierten Widerstandes" gegen den Einfluß des Sowjetmodells aufgebaut, der deshalb so besonders energisch sein mußte, weil die Versuchung zu bürokratischen Verkrustungen gerade in einem Land wie China mit einer zweitausendjährigen Tradition besonders gravierend ist.

Im Zeichen des sowjetorientierten ersten Fünfjahresplans hatte sich bereits eine Planungsbürokratie entwickelt, die auf dem besten Wege war, eine ähnliche, vom "Wasserkopf" Peking ausgehende hierarchische Bürokratie aufzubauen, wie sie sich in der Sowjetunion herausgebildet hat. Die damals so mäch-

tigen Institutionen der staatlichen Planungskommission (gegründet 1952) und der Kommission für Investbau (gegründet 1958) bestehen zwar nach wie vor, doch hat sich der "Geist der Planung" seit dem Großen Sprung von 1958 fundamental geändert: Zum einen blieben der Zentrale nur noch sieben Kontrollbereiche, nämlich die Sorge für den innerprovinziellen Austausch industrieller Grundprodukte, der Gütertausch zwischen den Provinzen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, das Eisenbahn- und Verkehrswesen, die Großprojekte der Kapitalgüterinvestition, die Eckwerte für Löhne und Personal, die höheren Lehranstalten und das Außenhandelswesen (14). Die übrigen Planungszuständigkeiten gingen im Zuge der Entscheidungs-Dezentralisierung auf die Ebenen 2 (Provinzen), 3 (Kreise und Stadtgemeinden) und 4 (Volkskommunen) über. Auch der Planungsprozess hat sich geändert. Prinzipiell erfolgt Planung heute von unten nach oben, wobei die "Massen" in den einzelnen Einheiten aufgefordert bleiben, bei der Planfestsetzung und -abstimmung mitzuwirken. Was ferner den Planinhalt anbelangt, so hat der erste Fünfjahresplan mit - beispielsweise - dem vierten Plan nur noch das Wort gemeinsam. Und während im ersten Plan zwölf Teilpläne zusammengefaßt waren, welche Produktion und Distribution sowie Transportleistungen bis ins einzelne festlegten, besteht der vierte Plan, über den im übrigen auch nichts Näheres zu erfahren war, wahrscheinlich nur in der rahmenartig "abgesteckten" Richtlinie, daß die "Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als führender Faktor" anzusehen seien. Was schließlich die Planausführung anbelangt, so haben die intensiven "politischen" Kontrollen seit 1958 dafür gesorgt, daß "bürokratische Tricks" zur Durchsetzung "weicher" Pläne, zur "außenplanmäßigen Organisation" benötigter Rohstoffe etc. in China weniger haben einreißen können als in der Sowjetunion. Zumindest im Zeichen der Kulturrevolution und ihrer nachfolgenden Kampagnen ist es gelungen, den "sozialistischen Geist" der "Arbeit für das Volk" (und nicht so sehr für partikuläre Interessen) weitgehend aufrechtzuerhalten. Allerdings hat auch hier die Einführung sogenannter "materieller Anreize" gezeigt, daß die sozialistische Motivation allein auch in China nicht ausreicht.

Angesichts dieser Dezentralisierung des Planungs- und Wirtschaftsprozesses in der VR China konnte hier keine Bürokratie mit einem ähnlich umfassenden Informations- und Interventions-Potential ins Kraut schießen wie in der Sowjetunion.

Die "sowjetrevisionistischen" Zustände gelten in China als "negatives Modell". Die "Clique der neuen Zaren" treibe "Sozialismus im Wort, aber Revisionsmus in der Tat". Eine kleine neue Klasse mit partikulären Interessen habe sich der Schalthebel des Staates bemächtigt und versuche nun, ihre spezifischen Interessen durchzusetzen. Das Eigentum an Produktionsmitteln sei unter diesen Umständen nur noch formal Kollektiv- und Volkseigentum. In Wirklichkeit habe diese "Clique" den Werk-tätigen in einen Verwertungsprozeß eingeschaltet, der ausschließlich ihren Interessen zugute komme. China möchte eine solche Entwicklung und einen solchen "bürokratischen Etatismus" - koste es, was es wolle - vermeiden.

Das System, das während der Zentralisierungsperiode 1953 - 1957 bestanden hatte, war durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet:

Einerseits bevorzugte man die bürokratisch, vereinfachte Ressortorganisation mit präziser Zuständigkeitsverteilung. Das Pendant dieses "Ressorttyps", nämlich der "Ausschußtyp" mit seinen undifferenzierten, mehrere Ressorts pauschal zusammenfassenden Funktionen, war damals eigentlich nur im Parteiapparat institutionalisiert.

Die zweite Besonderheit der damaligen Staatsorgane war im vertikalen Bereich angesiedelt. Ressortmäßig gegliederte Einheiten neigen im allgemeinen dazu, sich einen strikt funktionierenden, von der Zentrale bis zur untersten Instanz durchlaufenden Verwaltungsunterbau zuzulegen, durch den reibungslos die Befehle nach unten und die Informationen nach oben laufen können.

Diese - zentralisierende - Tendenz kann nun, falls es politisch erwünscht ist, durch Gegenkräfte abgefangen werden, die im Dienste der Dezentralisierung stehen. Bis 1957 hatten die Ausführungsorgane "nach oben" zu horchen. Seit dem Machtzuwachs der örtlichen Gremien hatten die Ausführungsorgane jedoch "zwei Herren" zu dienen.

Die Jahre 1953 - 1957 standen zwar noch ganz im Zeichen des Ressortprinzips (genaueste Zuständigkeitsverteilung) und der Dezentralisierung, während die Jahre nach 1958 das Ausschußprinzip (diffuse "Allzuständigkeit" von Organen) und die Dezentralisierung begünstigten. Anstelle der hochqualifizierten Fachleute mit "bürokratischer" Grundeinstellung sollte nun die schöpferische Spontaneität der Massen "treten". Auch die Verwaltung hatte sich diesen Entwicklungen der "Massenlinie" anzupassen. Da nach maoistischen Grundsätzen die Revolution in dem Maße fortschreitet, in dem die Massen auf Kosten der Bürokratie Funktionen übernehmen, kann man allgemein sagen, daß Dezentralisierung und Ausschußsystem um so besser gedeihen, je "revolutionärer" die Lage ist. Das Konzept der "permanenten Revolution", das darauf abstellt, durch immer neue Zündfunken immer neue Kampagnen auszulösen, soll gleichzeitig also auch die Grundlage für die Perpetuierung der "Massenlinie" in den Verwaltungsausschüssen - als den Werkzeugen der "Diktatur des Proletariats" - sicherstellen.

Zwei Hindernisse könnten sich diesen Plänen allerdings in den Weg stellen, nämlich die weitere Entwicklung des leninistischen Elitprinzips in den Parteausschüssen und der "Große Plan" Chou En-lais zu einem gewaltigen industriellen Aufbau Chinas.

Was den ersteren Punkt anbelangt, so hat spätestens die Kulturrevolution gezeigt, daß "Massenlinie" und leninistische Parteiorganisation auf die Dauer nur schwer miteinander vereinbar sind. Nachdem zu Beginn der Kulturrevolution infolge der Zerschlagung lokaler Administrativ- und Parteausschüsse ein Machtvakuum entstanden war, bildeten sich all-orten "Revolutionskomitees", die - ähnlich den frühen Sowjets - als organisatorische Ausprägungen des Gedankens der direkten Demokratie gedacht waren. Als jedoch nach 1969 die zerstörten Parteausschüsse wiederhergestellt waren, hatten sich die Revolutionskomitees der "Neo-KP" sofort wieder unterzuordnen. Die Parteausschüsse als Ausprägungen des leni-

nistischen Eliteprinzips hatten sich, m. a. W., mühelos gegenüber den Revolutionskomitees - als Ausprägungen des Gedankens der Masselinie - durchsetzen können. Im maoistischen China mit seinem stark "populistischen" Humus war diese Entwicklung ideologisch keineswegs unausweichlich. Die Anforderungen der täglichen Praxis erwiesen sich jedoch als stärker. Folge dieser vollen Reinstitutionalisierung der Partei war auch die Rückkehr von zahlreichen, während der Kulturrevolution "gesäuberten" Parteikadern, die einen keineswegs immer "revolutionären" Kurs steuerten, wie aus den Beschuldigungen gegen den im April 1976 gestürzten Teng Hsiao-p'ing deutlich wurde.

Was den "Großen Plan" Chou En-lais angeht, so soll China in zwei Schritten entwickelt werden, von denen der erste im Jahre 1980 getan sein müsse. Bis dahin komme es darauf an, ein "unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzubauen". Der zweite Schritt, der noch in diesem Jahrhundert vollzogen werden müsse, habe dann zu einer allseitigen Modernisierung der Landwirtschaft, der Industrie, der Landesverteidigung, der Wissenschaft und der Technik zu führen, damit - so die wörtliche Begründung - "die Volkswirtschaft unseres Landes in den vordersten Reihen der Weltwirtschaft stehen kann". Zu diesem Zweck gelte es, einen Perspektivplan für zehn Jahre, Fünfjahrespläne und schließlich einzelne Jahrespläne auszuarbeiten. (15) Der verstorbene Ministerpräsident wußte bei diesen Ausführungen - seiner letzten gro-en Rede - recht wohl, daß der Planungsmechanismus, wie er vor allem im Rahmen des dritten und vierten Fünfjahresplanes praktiziert wurde, nicht ausreicht, um die hochgesteckten Ziele präzise zu definieren. Er muß also bei seinem Plan wohl an eine Restabilisierung und Reinstitutionalisierung eines wirklich verlässlich arbeitenden Verwaltungs- und Planungsapparates gedacht haben. Neue kulturrevolutionäre Wirbelwinde könnten sich auf den "Großen Plan" sehr wohl störend auswirken.

China hat sich seit 1957, dies muß man zugeben, vom sowjetischen Modell weit - man sollte fast sagen: antipodenhaft weit - entfernt. Die Gefahr, daß die innerparteilichen Elitisierungsansätze und die Imperative des "Großen Plans" eines Tages doch wieder zum "sowjetischen Weg" zurückführen, läßt sich heute keineswegs mit Sicherheit ausschließen.

#### IV. AUSSENPOLITIK

Im Gegensatz zur frühen Sowjetunion, deren Führung gleich nach der Oktoberrevolution - in der Annahme einer unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution - Diplomatie und Außenpolitik durch Agitation und Klassenkampf ersetzen wollte, richtete sich die Volksrepublik China gleich mit Beginn ihrer Gründung auf eine sich über "Jahrzehnte, ja Jahrhunderte" erstreckende Übergangsphase ein und etablierte bereits mit Gesetz vom 27. 9. 1949 ein eigenes Außenministerium, das die vom XX. KPDSU-Parteitag zur Generallinie der Außenpolitik erhobene "friedliche Koexistenz" in der Praxis vorwegnahm, indem es schon 1950 für die Aufnahme regulärer Beziehungen zu nichtsozialistischen Staaten Asiens und Europas sowie für den Abschluß der ersten Völkerrechtsverträge über "das sozialisti-

sche Lager hinaus" sorgte. Obwohl der Wunsch nach Analogisierung innenpolitischer Erfahrungen (Linke und Rechte Strategie, Arbeitsstile, Verhandlungsformen etc. (16). im Bereich der Außenpolitik übermächtig war, gefährdeten "revolutionäre Aktionen" doch niemals die Selbständigkeit der Außenpolitik - wenn man von den wenigen Wochen der "Rotgardisten-Diplomatie" im Jahre 1967 einmal absieht.

Die chinesische Führung, deren fundamentaler Glaube an die Langfristigkeit des revolutionären Prozesses aus unmittelbar praktischen Erfahrungen entstanden ist (28 Jahre Kampf um die Macht!), fand sich schnell mit der außenpolitischen Doppelrolle der Volksrepublik ab. China trat von vornherein einerseits als revolutionäre Macht auf, der es darum zu tun war, eine sozialistische Weltgemeinschaft zu schaffen, also u. a. "Kolonialismus, Neokolonialismus, Imperialismus und Sozialimperialismus" auszuschalten, andererseits aber auch als ein Land unter vielen anderen Nationalstaaten mit spezifisch "nationalen" Zielen. Damals handelte man in der klaren Erkenntnis, daß der Volksrepublik drei Attribute zukommen (sozialistisches Land, Nationalstaat und Entwicklungsland). Als Objekte der chinesischen Außenpolitik wurden neben den Einzelstaaten von Anfang an ein Konfliktsystem (Entspannung und Stillstand sind in der gegenwärtigen Welt nur vorübergehende, oberflächliche - und täuschende - Erscheinungen, während der "große Aufruhr" und der Wandel als bleibende Elemente wirken) (3) und ein Herrschaftssystem perzipiert (nach chinesischer Auffassung kämpften ursprünglich der "US-Imperialismus" und später der "US-Imperialismus sowie der Sozialimperialismus" um die weltweite Hegemonie" und suchten dabei, die Länder der Zweiten und Dritten Welt zu unterdrücken. ("Hegemonie" wird als eine jeder "Supermacht" systemimmanente Aktionsweise verstanden, die auf das spiegelbildliche Gegenteil der im friedlichen Koexistenz-Komplex angelegten fünf Prinzipien hinausläuft).

Angesichts dieser Gegebenheiten wurde der "Antihegemonismus" zum Schlüsselbegriff der chinesischen Außenpolitik schlechthin, obwohl die chinesische "Generallinie" an und für sich dreigespalten ist:

- Gegenüber sozialistischen Staaten (die von China als solche anerkannt werden) sowie gegenüber "allen unterdrückten Völkern und unterjochten Nationen", d. h. also i. d. R. den Ländern der Dritten Welt, ist "proletarischer Internationalismus" zu wahren, also ein Verhältnis der Brüderlichkeit.
- Gegenüber entwickelteren Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gelten die fünf Prinzipien der "Friedlichen Koexistenz", die als eine besondere Form des Klassenkampfes ("lächelnde Koexistenz" bis hin zur "Koexistenz bis aufs Messer") verstanden wird.
- Gegenüber den beiden Supermächten ("Imperialismus und Sozialimperialismus"): "Antihegemonismus".

Angesichts der systemimmanenten Aggressivität der Supermächte ergibt sich für China ein doppelter Verhaltensimperativ:

- Einerseits gilt es, auf einen Krieg vorbereitet zu sein (Milizausbildung, Ausbau von Schutzbunkern, Anlegung von Getreidevorräten, politischer Kampf gegen den Hegemonismus etc.) (17).
- Andererseits kommt es darauf an, die Revolution in der Dritten Welt zu unterstützen. Hierbei gilt folgende Überlegung: Entweder bringt der Krieg (der alle Male von den Supermächten ausgelöst wird), die Revolution mit sich, oder aber die Revolution erstickt den Krieg im Keime. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges dürfe zwar nicht überschätzt werden, doch die "Haupttendenz in der heutigen Welt ist die Revolution" (18).

So allumfassend ist das Pekinger Anti-Hegemoniestreben geworden, daß es wohl nicht übertrieben ist zu behaupten, daß der Welt-Anti-Hegemonismus seit dem Beginn der "Zweiten Sino-sowjetischen Eiszeit" (1968/69) anstelle des Weltkommunismus getreten ist.

Der "Anti-Hegemonismus" ist überdies noch insofern von größtem analytischen Interesse, weil sich in ihm nationale und revolutionäre Ziele gleichsam teleskopartig ineinander schieben (Teleskopeffekt!) (19).

Im Zeichen des "A. H." konnte China, wie die Sowjetpropaganda ihm vorwirft, die "Bildung einer internationalen Front von ultrarechten bis ultralinken Elementen betreiben". Peking unterstütze nicht nur revolutionäre Splittergruppen in Süd- und Südostasien, sondern umarmt heute gleichzeitig jeden "Rechtsaußen-Politiker", wenn er nur genügend Sowjetfeindschaft an den Tag legt. Im Zeichen des A. H. nahm China in der Tat nach dem Sturz Allendes unmittelbar diplomatische Beziehungen mit der Militärjunta auf, erwies dem moskauefeindlichen US-Senator Jackson offene Sympathien, umwarb die Konservativen in England und spendete allen Gegnern der KSZE, der MBFR und sonstiger "Entspannungsinstrumente" demonstrativen Applaus.

Aus mehreren Gründen ist der A. H. eine wahrhaft geniale Erfindung Pekings:

- Er verdoppelt die Wucht der antisowjetischen (und der antiamerikanischen) Außenpolitik, da in ihm revolutionäre und nationale Ziele gebündelt wirken.
- Er ermöglicht wegen seines diffusen Aussagecharakters - revolutionäres Mimikry und revolutionäre Lippenbekenntnisse auch dann noch, wenn China eines Tages seinen revolutionären Schwung verloren haben sollte, wenn also der Anteil des Nationalen am scheinbar Revolutionären übermächtig geworden ist.
- Er rechtfertigt den Einsatz Linker und Rechter Strategien auch dort, wo nicht revolutionäre, sondern nationale Ziele im Vordergrund stehen.

Wie sich nationale und revolutionäre Ziele im Zeichen des "Anti-Hegemonismus" ineinanderschieben können, wurde besonders deutlich am Verhalten Chinas während des Dezemberkriegs von

1971 in Ost-Bengalen. Als sich die Bewohner des damaligen Ost-Pakistan gegen das westpakistanische Regime erhoben, hätte man von Peking eigentlich erwarten müssen, daß es diese Bewegung unterstütze. Immerhin erfüllte sie ja alle wesentlichen Strukturmerkmale einer "neudemokratischen Revolution" maoistischen Musters. Peking stellte sich indes hinter die westpakistanische Militärjunta, und zwar aus anti-hegemonialen (nationalen) Erwägungen, deren Inhalt sich folgendermaßen beschreiben läßt:

Aus der chinesischen Perzeption ist Indien im Laufe der letzten Jahre immer mehr zu einem Filialstaat der Sowjetunion geworden. Deshalb gilt es, sämtliche Nationen in Indiens Nachbarschaft, die zu New Delhi in einem gespannten Verhältnis stehen, im Sinne der Politik des "Teile und herrsche" gegen Indien/Sowjetunion auszuspielen. Das stärkste Machtpotential, das sich im Rahmen einer solchen Politik mobilisieren läßt, ist Pakistan. Folglich ist aus Gründen der Staatsräson je dem pakistanischen Regime, welcher Couleur es auch immer sein möge, der Rücken zu stärken.

War noch bis Mitte der sechziger Jahre der "US-Imperialismus" als Hauptfeind betrachtet worden, so ist in den Jahren 1968/69 (Prag, Breschnew-Doktrin, Ussuri-Gefecht, "Nixon-Doktrin" von der 'Asiatisierung der asiatischen Probleme') der "Sozial-Imperialismus" zum Gegner Nummer eins geworden. Von ihrem gesellschaftlichen System her gilt die Sowjetunion heute als genau so "kapitalistisch" wie die nordamerikanische Gesellschaft. Aus chinesischer Sicht fungiert in Moskau die "Revisionisten;Clique der neuen Zaren", die nach innen das Volk ausbeutet und nach außen hin mit hegemonistischen "Supermacht"-Ansprüchen hervortritt.

Die ursprünglich sozialistischen Produktionsverhältnisse im Staate Lenins seien in einen von der neuen privilegierten Bourgeoisie kontrollierten "staatsmonopolistischen Kapitalismus" umgewandelt worden, der im Interesse von Maximalprofiten immer mehr kapitalistische Gesetze (materielle Anreize: "Gulasch;Kommunismus", Profit als oberstes Kriterium, Libermann-Reform, Zunahme des privaten Nebenerwerbs und der "freien Märkte") einführe. Das sozialistische System des Eigentums an Produktionsmitteln sei nur noch Fassade. In Wirklichkeit verfüge eine "neue Klasse" über das Eigentum an den Produktionsmitteln. Infolge dieser Entwicklung komme es unvermeidlich zur Verschärfung der sozio;ökonomischen "Widersprüche" und zu inneren Schwierigkeiten, die dann letztlich nicht nur zur Ausplünderung des eigenen Volkes, sondern auch anderer Nationen führten (Ausbeutung durch sogenannte internationale "Arbeitsteilung" des COMECON; Aggression gegen die CSSR; Verletzung der chinesischen Grenzen; permanente Aufrüstung) (20). Die neuen "kapitalistischen" Produktionsverhältnisse determinierten m. a. W. eine sowjetische Außenpolitik, die dualistisch ("Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat"), nationalistisch (internationale Zielsetzungen geraten in Vergessenheit) und rein pragmatisch (also prinzipienlos) geprägt sei.

Die Ersetzung des "US-Imperialismus" durch den "Sozial-imperialismus" als Hauptfeind der "unterjochten Völker und Nationen" hat also nichts am "kapitalistischen Weltsystem" geändert. Dieses System ist eine Gegebenheit, mit dem China sich

abfinden muß - manchmal sogar zu seinem nationalen Vorteil; denn der A. H. kann ja, wie oben erwähnt, durchaus auch als Deckmantel für nationale Bestrebungen dienen (Sicherheit, Einflußnahme auf asiatische Nachbarstaaten, Territorialansprüche, Leistungsmotivation für die eigene Bevölkerung im Zeichen des "Belagerungszustandes" etc.).

Zu den wichtigsten "Anpassungs"-Mechanismen der chinesischen Außenpolitik gehören vor allem folgende fünf Instrumente:

- a) Die Lehre von der "friedlichen Koexistenz" gegenüber Staaten mit anderen Gesellschaftsordnungen.

Man muß davon ausgehen, daß es die Chinesen mit dem Grundsatz vor allem der Nichteinmischung ernst meinen, da ihre Geschichte ja immerhin von einem hundertjährigen Unterdrückungstrauma geprägt ist, das nacheinander von den europäischen Staaten, vom "japanischen Imperialismus" und vom "US-Imperialismus" verursacht wurde und heute durch den "Sozial-Imperialismus" verlängert wird (China geht davon aus, daß Moskau die Volksrepublik mit den Mitteln des Truppenaufmarsches im Norden sowie des Aufbaus einer "bogenförmigen Seeroute" und eines "kollektiven Sicherheitssystems in Asien" im Süden "eindämmen" will).

- b) Ein weiteres "Anpassungsinstrument" ist die "Drei-Welten-Theorie", die 1974 verkündet wurde. Wörtlich: "Durch das Auftreten des Sozialimperialismus hat das nach dem Zweiten Weltkrieg eine Zeitlang existierende sozialistische Lager zu bestehen aufgehört. Infolge des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus gerät auch der westliche Imperialismusblock in Auflösung. Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl von einander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten sind als die Dritte Welt zu begreifen. Die entwickelten Länder schließlich, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, machen zusammen die Zweite Welt aus." (21)

Dieser Ansatz bringt gegenüber dem früheren "Zwischenzonen-Modell" zwei neue Postulate: Zum einen negiert er nachträglich die Weiterexistenz eines sozialistischen Lagers, zum anderen "taxiert" er im internationalen System die Länder nicht mehr nach ihren sozialistischen oder nicht-sozialistischen Gesellschaftssystemen, sondern nach ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand. Die Länder des einstigen "sozialistischen Lagers" lassen sich dieser Konzeption zufolge auf alle drei Welten verteilen.

China gehört demnach - neben der Mongolei, Jugoslawien, Bulgarien und Albanien - zur Dritten Welt, die hoch entwickelten Länder des Ostblocks, allen voran die DDR und die CSSR zur Zweiten Welt und die Sowjetunion, die ja in Peking nicht mehr als sozialistisch gilt, zur Ersten Welt.

Bei dem Drei-Welten-Modell handelt es sich weniger um Analyse des gegenwärtigen Systems, als vielmehr um Schaffung praktikabler Kampfoptionen gegen die Supermächte.

Es gilt, die Länder der Zweiten und Dritten Welt in jeder

einzelnen anstehenden Frage "maximal zu vereinen", um auf diese Weise die beiden Supermächte, vor allem die Sowjetunion jeweils "maximal zu isolieren". Vor allem in der UNO hat sich dieses Prinzip schon mehrere Male bewährt. Bemerkenswerterweise werden die Länder der Zweiten Welt heute - trotz ihres kapitalistischen Charakters - gegen die Supermächte aufgebaut (Begründung: Sie weisen eine "Doppelnatur" auf, insofern sie einerseits ausbeuten, andererseits aber selbst Objekt der Ausbeutung durch die Supermächte sind). Der Vertrag von Lomé, bei dem die EG und 46 Dritt-Weltstaaten sich am 1. Februar 1975 zu engerer wirtschaftlicher Kooperation verpflichtet haben, wurde als Meilenstein zu einer von China befürworteten Frontbildung gewertet.

- c) Die Lehre von den "revolutionären Kompromissen" wurde von Chou En-lai folgendermaßen begründet: Es gebe revolutionär notwendige Kompromisse und "faule" Kompromisse, die sorgfältig auseinandergehalten werden müßten. Der Abschluß des Vertrages von Brest-Litowsk mit dem deutschen Imperialismus von Seiten Lenins habe beispielsweise zur Kategorie der revolutionären Kompromisse gehört, weil er den Sowjets eine Atempause verschafft habe.

Ebenso betrachtet Chou En-lai seinen Ausgleich mit den USA als revolutionären Kompromiß.

Diese Ansicht entspricht ganz den Ansichten der "Übergangsphase"-Theoretikern, die ja strategische oder taktische Rückzüge im innen- wie im außenpolitischen Bereich für durchaus statthaft und "revolutionär" halten, wenn dabei nur stets das Wohl der breiten Massen im Auge behalten würde (22).

- d) Ein weiteres wichtiges Adaptionsmoment bildet die Anti-Hegemonie-Klausel, die zum erstenmal im amerikanisch-chinesischen Kommuniqué von Shanghai (Februar 1972) auftaucht und die besagte, daß keiner von beiden Kommuniqué partnern im asiatisch-pazifischen Raum eine Hegemonierolle anstrebe; und daß beide auch entschieden jedem Hegemoniestreben einer dritten Macht entgegentreten wollen.

Diese Klausel sollte später zu einem der wichtigsten außenpolitischen Instrumente der VR China gegenüber dem Brechnewschen Plan eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien werden. Bis Anfang 1976 verstand China es, nicht weniger als 18 Staaten zu veranlassen, die Antihegemonie-Klausel in bilateralen Kommuniqués zu unterschreiben, während die Sowjetunion mit ihrer KSA nur bei der Mongolischen Volksrepublik Erfolg hatte. Die Erfolgsbilanz lautete also zu Beginn dieses Jahres 18 : 1 (zur Ambivalenz der A. H. wurde oben bereits Näheres ausgeführt).

- e) Nicht zu vergessen ist schließlich, daß China im Zeichen seines "Hineingeworfenseins" in ein "hegemonistisches Weltssystem" dafür gesorgt hat, daß ihm sämtliche wesentlichen Instrumente zur glaubhaften Unterstützung seiner Außenpolitik bereitstehen. Weit davon entfernt, das "Absterben des Staates" zu betreiben, wurden im Laufe der letzten Jahre Armee, Luftwaffe, Marine sowie die Nuklear-

und Raketenrüstung weiter ausgebaut. Auch hat die Volksrepublik für einen effektiven diplomatischen Apparat gesorgt, der die Repräsentation des Staates im Äußeren sowie den Abschluß von Verträgen und Abkommen sicherstellt. (Außenpolitik wird allerdings auf drei Ebenen betrieben, nämlich im Verhältnis zwischen den Staaten, auf KP-Ebene und im Wege der "Volksdiplomatie", zu der ein weiter Fächer von Aktivitäten gehört, zum Beispiel die "Ping-Pong"-, die "Tanz"-, die "Akrobaten"- oder die "Journalisten"-Diplomatie, die Entwicklungshilfe usw.).

In der offiziellen Sprachregelung tauchen Erwägungen der Staatsräson erwartungsgemäß nicht auf. Der gesamte Mechanismus der Außenpolitik, von der Zielsetzung über die Strategien bis zum "Arbeitsstil" wird durchwegs in revolutionärer Terminologie wiedergegeben.

Was den A u ß e n h a n d e l anbelangt, so hatte sich die VR China eigentlich schon ex ovo auf einen Warenaustausch mit kapitalistischen Ländern eingestellt. Schon im März 1950 wurden beispielsweise sieben "Außenhandelsgesellschaften" gegründet, die damals noch dem Handelsministerium subordiniert wurden.

Die ersten Keime eines beginnenden Westhandels wurden jedoch jäh vernichtet, als die Westmächte im Zuge des Koreakrieges ein Handelsembargo gegen China zu verhängen begannen. Am 1. Januar 1950 nahm das "Coordinating Committee for Export Control" (COCOM) seine Tätigkeit auf und übertrug das China-Embargo schon bald dem CHINCOM, das vom 1.9.1962 bis 31.12.1957 fungierte. Außerdem faßte die UNO; Vollversammlung am 18. Mai 1951 einen Embargo-Beschluß.

China war von nun an gezwungen, einerseits einen Großteil seines Außenhandels auf die sozialistischen Länder zu beschränken und andererseits halboffizielle Kontakte zu westlichen Handelspartnern zu suchen. Zu diesem Zweck wurde am 4. Mai 1952 im Zusammenhang mit der Moskauer Internationalen Wirtschaftskonferenz der CCPIT (China Council for the Promotion of International Trade) gegründet, dessen große Zeit in die Jahre vor 1970 fiel, als die VR China, obwohl sie nur mit wenigen Staaten offizielle diplomatische Beziehungen unterhielt, handelspolitische Aktivitäten schon auf etwa zehn Dutzend Länder hatte ausdehnen können.

Vor allem die Kontakte zu den "freundlichen Firmen" in Japan wurden zur Grundlage eines breit gefächerten Handelsstroms (23).

Je durchlässiger das Embargo wurde, um so mehr wandte sich China den westlichen Märkten zu. Lag im Jahre 1955 die Verteilung des Außenhandelsumsatzes der VR China mit sozialistischen Staaten bei 74,2 % (verglichen mit 25,8 % gegenüber "kapitalistischen" Ländern), so hatten sich die Verhältnisse im Jahre 1973 fast spiegelbildlich umgekehrt (17,2 % : 82,8 %) (24). Eine besonders interessante Stellung im Chinahandel nimmt Hong Kong ein, das im Laufe der Jahre zumeist an dritter Stelle unter den Außenhandelspartnern der Volksrepublik gestanden hat. Peking ist zu der Erkenntnis gekommen, daß seine außenwirtschaftliche

"Bonität" in einem nicht geringen Maße von Hong Kong abhängt - und diese nüchterne Erkenntnis ist eine der besten Garantien für die Zukunft der Kronkolonie. Hong Kong ist ein Devisenbringer (30 - 40 % der volksrepublikanischen Einnahmen!), hat auf seinem Gebiet zahlreiche volkschinesische Großkaufhäuser und ist eine der wichtigsten "Werkstätten" für die Bearbeitung chinesischer Rohmaterialien. Auch die Filiale der Bank of China ist in Hong Kong bestens aufgehoben.

Schließlich dient die Kronkolonie als Kontaktpunkt für Verbindungen mit der Außenwelt. Wie wenig die Volksrepublik daran denkt, das "kolonialistische" Überbleibsel Hong Kong zu "schlucken", geht schon daraus hervor, daß sie durch eine ihrer Außenhandelsfilialorganisationen in Hong Kong mehrere Areale (Ölumschlagplätze) langfristig hat pachten lassen! "Pragmatische" Verhaltensweisen dieser Art reimen sich schlecht auf die amtliche Revolutionsrhetorik. Sie zeigen zugleich, wie weit China neuerdings bereit ist, sich an seine kapitalistische Umwelt anzupassen.

Die Aufgabenstellung des Außenhandels ergibt sich aus Chinas "dualistischer" Position als sozialistischer und als nationaler Macht: Der Außenhandel hat also einerseits die Funktion einer Emanzipationshilfe (China sprang zum Beispiel 1971 in "Unterstützung des revolutionären Kampfes des peruanischen Volkes" in einen Fischmehl-Kaufvertrag ein, den die USA gegenüber Peru nicht erfüllen wollten), fördert aber andererseits in noch höherem Maße die eigenen nationalen Aufbauinteressen ("Landwirtschaft als Grundlage, Industrie als führender Faktor"; Erlangung fremder Technologie; Lückenfüllung).

Der vor allem nach 1971 intensiviertere Westhandel kann nicht ganz ohne Einfluß auf die Strukturen der chinesischen Binnenwirtschaft bleiben: Zwar lehnt China es nach wie vor ab, offiziell "Kredite" anzunehmen und Joint Ventures auf seinem Staatsgebiet zu dulden. Doch hat der wirtschaftliche Zwang, riesige Getreideposten anzukaufen (im ernteschwachen Jahr 1973/74 mußte Peking beispielsweise an die Türen einiger weniger wirklich lieferfähiger Länder, wie der USA, Australiens, Canadas und Argentiniens pochen) und außerdem komplette Industrieanlagen zu erwerben (hauptsächlich seit 1973), langfristig die Tendenz, "pragmatischen" und "technokratischen" Erwägungen die Priorität gegenüber der "Politik" einzuräumen.

Auch scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, wann China dazu übergeht, seine Autarkie; Gesichtspunkte ("keine Kredite") über Bord zu werfen.

- 1) Näheres zur "Kapitalrendite" in: Oskar Weggel, "Das Außenhandelsrecht der Volksrepublik China", Baden-Baden 1976, S. 441 ff.
- 2) PRu 1969 Nr. 38, S. 6.
- 3) PRu 1971 Nr. 37, S. 5-10.
- 4) PRu 1972 Nr. 34, S. 8 - 11.
- 5) PRu 1975 Nr. 9, S. 5.
- 6) Näheres Abschnitt III.
- 7) Nähere statistische Angaben aus dem "Bulletin für statistische Arbeit" Nr. 23 vom 4. 12. 1955, erschienen in Peking, abgedruckt in "Extracts from China Mainland Magazines" Nr. 63, S. 27 - 34. Insbesondere weitere Verhältniszahlen ebenda, S. 28.
- 8) Ebenda, S. 28.
- 9) Ebenda, S. 34.
- 10) Ebenda.
- 11) Oskar Weggel, "Die Alternative China", Hamburg 1973, S. 191.
- 12) Näheres dazu: Oskar Weggel, "Eine Gesellschaft der Gleichen?" - Rang- und Lohnhierarchien in der VR China - ", CHINA aktuell, August 1974, S. 483-485 (484).
- 13) Ebenda, S. 484 f.
- 14) Näheres mit Nachweisen: Weggel, Außenhandelsrecht, a. a. O., S. 286.
- 15) Die Rede Chous ist abgedruckt in "Dokumente der ersten Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der VR China", hrsg. vom Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1975, S. 47 ff.
- 16) Näheres zu diesen Begriffen in: Oskar Weggel, "Die Außenpolitik der VR China", Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1976, Abschn. D und F.
- 17) "Dokumente der ersten Tagung des IV. NVK" a.a.O.S.68.
- 18) Ebenda S. 64.
- 19) Weggel, Außenpolitik a.a.O., Abschn. C/III.
- 20) PRu 1974 Nr. 7, S. 16 ff.
- 21) PRu 1974 Nr. 15, S. 8.
- 22) Bettelheim, Charles, "Brief an Sweezy: Über den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus", in: Bettelheim, Dobb, Foa u. a., "Zur Kritik der Sowjetökonomie", Rotbuch Nr. 11, Berlin 1969, S. 115.
- 23) Näheres hierzu Weggel "Außenhandelsrecht" a.a.O. S.38 ff.
- 24) Ebenda S. 130 f.